

DZS J. 1/3453/3-52 13/3453

Ergänzungsblätter

Nö. 16.

Sonntag den 20. August.

1848.

LITTERATUR.

polnische Erhebung u. die deutsche Gegenbewegung in Posen

im Frühjahre 1848.

Eine Denkschrift dem völkerechtlichen Ausschuss der deutschen Nationalversammlung übergeben von Dr. R. Hepke.

Berlin und Posen. Verlag von C. S. Mittler 1848.

Wenn die spätere Geschichtschreibung, welche dem Schicksale Polens und der polnischen Nation immerdar eine lebendige Theilnahme und eine scharf gespannte Aufmerksamkeit zuwenden wird, über den Beschluß der deutschen Nationalversammlung vom 27. Juli d. J. zu berichten haben wird, durch welchen die Vertreter des deutschen Volkes es ablehnten, die Theilungen Polens für ein schwachvolles Unrecht zu erklären und es als eine heilige Pflicht des deutschen Volkes nicht erkennen wollten, zur Wiederherstellung eines selbstständigen Polens mitzuwirken, so muß sie die Motive dieses Beschlusses darstellen, da derselbe in einem so grellen Kontrast steht zu den sentimentalischen, innerlich hohlen und unwahren Phrasen, welche die Kammer Frankreichs dem Gesandten der polnischen Nation zu widmen pflegten, und da er selbst in Widerspruch tritt zu der warmen Polensympathie des deutschen Vorparlaments. Die alleinige Aufklärung hierüber kann geschöpft werden aus der Specialgeschichte des Kampfes, welcher im Großherzogthum Posen zwischen Deutschen und Polen in den Frühlingmonaten dieses Jahres geführt worden ist, denn die geschichtlichen Fakta dieses Kampfes, welcher ebenso mit den Waffen des Geistes, wie mit der Anwendung kriegerischer Gewalt geführt wurde, bilden vor Allem die Unterlage, auf welcher die Frankfurter Entscheidung beruht, in welcher wir ein völkerechtliches Votum mit weltgeschichtlicher Bedeutung vor uns haben. Es ist die Doppelseitigkeit des Kampfes, die in der öffentlichen Meinung Deutschlands und deren oberstem Areopag den Sieg davongetragen hat, denn nur dadurch, daß dem Siege durch Waffengewalt eine thatkräftige, sich in sittlichen Schranken haltende Erhebung der deutschen Bevölkerung zur Seite ging, ist ein solcher Umschwung in der Auffassung der Geschichte Polens überhaupt möglich geworden.

Von einer großen Wichtigkeit ist daher Alles, was die mitten in der Bewegung noch begriffene Gegenwart zu Tage fördert, um der Nachwelt eine sichere Beurtheilung dieses Wendepunktes möglich zu machen. Wir sind es uns, wir sind es der Nachwelt schuldig, die Akten dieses Drama's in möglichster Vollständigkeit und Treue zu sammeln und dem Urtheile der Welt vorzulegen. In diesem Sinne ist die vorliegende Schrift unseres Mitbürgers und Mitkämpfers Dr. Hepke zu fassen, deren nächste Bestimmung war, dem völkerechtlichen Ausschusse zu Frankfurt, in welchem zwei exprobt

Beilage zu Nr. 193. der Posener Zeitung.

Geschichtsforscher sitzen, vorgelegt zu werden. Die Schrift zerfällt in zwei Abschnitte, deren erster von S. 1—32. die eigentliche historische Denkschrift, die zweite bis S. 112. die zahlreichen urkundlichen Belege — sämmtlich in deutscher Sprache mit getreuer Uebersetzung der polnischen Originale — 57 an der Zahl enthält.

Die Denkschrift entwirft in lebendiger, gebrängter Darstellung, die in jeder Wendung durch das reichste faktische Material getragen wird, ein getreues Bild der Vorgänge in Stadt und Provinz Posen von den Tagen des März bis gegen den Monat Juni, den Zeitpunkt des Erscheinens der Schrift. So rasch auch die Folge der Ereignisse war, so schwierig auch das Herausgreifen einzelner Hauptmomente aus einer Menge von Thatfachen war, deren relative Bedeutung im Augenblicke des Geschehens kaum zu erkennen war, so hat der Verfasser doch einen glücklichen Versuch gemacht, das Ganze in drei Abschnitte zu zerlegen und dadurch die Auffassung zu erleichtern. Diese sind: 1) die Erhebung der polnischen Bevölkerung in den Tagen des März und die Anfänge der deutschen Gegenbewegung; 2) die Wirksamkeit des Generals v. Willisen und die Geltendmachung der Nothwendigkeit einer Abgrenzung beider Nationalitäten; und 3) die Wirksamkeit des Generals v. Püuel und vorläufige Durchführung einer Demarkation nach Anerkennung des Trennungs-Prinzips von Seiten der deutschen Bundesversammlung. Da der Verfasser seine Schrift schon mit Anfang Juni abschließt, so war es ihm nicht vergönnt, den Faden der Erzählung fortzuführen bis zu den Frankfurter Beschlüssen, durch welche die ganze Bewegung in einen Stillstand getreten ist, aus welchem sie hoffentlich nur noch einmal heraustreten wird, dann nämlich, wenn die nationale Reorganisation beider Theile des Großherzogthums den Versicherungen der preussischen Staatsregierung gemäß zur wirklichen Ausführung kommen wird. Wir können dieser Gliederung des Stoffes unsere Billigung nicht versagen, insofern der Verfasser in seiner Darstellung die polnische Insurrektion und die deutsche Gegenbewegung durch alle Stadien hindurch neben einander fortführt; wir glauben jedoch, daß es für die Auffassung noch einfacher gewesen wäre, das Ganze nur in zwei Hauptabschnitte zu zerlegen. Wir finden den Standpunkt da, wo die insurrektionelle Erhebung des polnischen Volkes das Einschreiten der Militairgewalt nöthig macht und zu einem offenen Insurrektionskriege sich gestaltet, wie in den letzten Tagen des April. Diese blutige Wendung der Sache erscheint in der Darstellung des Verfassers zu sehr aus allem Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung des Ganzen gesetzt, während sie doch namentlich den Blick des aufmerksamen Beobachters auf sich zieht. Durch eine derartige Eintheilung würde auch ein größeres Ebenmaß in der Mittheilung des Stoffes geboten worden sein, indem dadurch der Verfasser in dem zweiten Theile seiner Schrift eine Darstellung der kriegerischen Ereignisse des Mai zu liefern sich genöthigt gesehen hätte, die der Leser ungern vermissen wird. Für diesen Mangel wird der aber reichlich entschädigt durch das lebensvolle Bild, das der Verfasser von den Vorgängen entwirft, deren theilnehmen-



der treuer Augenzeuge er selbst war. Das erste Hervortreten des Aufstandes, das immer bestimmtere, klarere und selbstbewusstere Gegenwirken der deutschen Bevölkerung, die unaufhaltsam hereindringende Verwicklung der Sache, die durch Willisen's Maßregeln in eine nur mit dem Schwerte zu lösende Verwirrung gerieth, alles dies führt der Verfasser in lebendigen Zügen an uns vorüber und läßt überall durchblicken, daß er mit deutscher Vaterlandsliebe auch deutsche Unparteilichkeit und Gerechtigkeit verbindet. Obwohl seine Schrift unverkennbar den Charakter einer Parteischrift an sich trägt, so müssen wir doch rühmend anerkennen, daß sie sich durch eine edle, ruhige Haltung und Mäßigung auszeichnet, und die Ansprüche historischer Würde nirgends verleht, ein Vorzug, den wenigstens die Seite III. von ihm citirte Schrift der Herren Brodowski, Potworowski und Kraszewski über denselben Gegenstand nicht mit ihr theilt. Eine besonders dankenswerthe Gabe sind die Beläge, die der Schrift einen namhaften Werth verleihen und sie ganz unentbehrlich machen für Jeden, der sich über die Posener Ereignisse gründlich belehren will. Manches Flugblatt, manche Adresse oder Denkschrift, manches Plakat, das im Sturm und Drange der Zeit wohl gelesen, aber nicht aufbewahrt wurde, findet sich hier an seiner Stelle und dient als wesentliche Unterlage. Die wichtigsten Erlasse und Manifeste der Behörden, die Proklamationen und Denkschriften beider Comité's bilden den Hauptbestandtheil der Beläge. Namentlich tritt die Thätigkeit des deutschen Central-Comité's auf den verschiedenen Stufen der ganzen Begebenheit in einer Reihe von Urkunden in deutlich erkennbarer Weise hervor, so daß die Schrift in dieser Beziehung als zuverlässige Quelle zu betrachten ist. Wir scheiden von dem Verfasser mit der dankbarsten Anerkennung seiner trefflichen Leistung und schließen diese unsere Anzeige mit dem Wunsche, daß es Herrn Dr. Hejke gefallen möchte, nunmehr, nachdem durch die Frankfurter Beschlüsse die Resultate der deutschen Gegenbewegung sanktionirt worden sind, die geschichtliche Darstellung bis auf dieses Endresultat fortzuführen, und damit auch eine Vervollständigung der urkundlichen Beläge zu verbinden, wozu die ministerielle Denkschrift über die Posener Frage und die oben erwähnte Schrift der Herren Brodowski u. mehrfache Beiträge darbieten werden.

Die beiden folgenden Petitionen um schleunige Durchführung der Demarkation in der Provinz Posen sind von den Posener Abgeordneten Wiebig und Neumann an das Preussische Staats-Ministerium eingereicht worden:

Frankfurt a. M. den 4. August 1848.

Nachdem die deutsche National-Versammlung die Rechtsbeständigkeit der Bundesbeschlüsse vom 22. April und 2. Mai c., durch welche der deutsche Theil der Provinz Posen, einschließlich der Stadt und Festung Posen, mit Deutschland vereinigt worden, wiederholt anerkannt hat, bleibt noch immer die definitive Feststellung der Demarkationslinie in ihren Einzelheiten ein Gegenstand, welcher geeignet ist, einen großen Theil der Bewohner unserer heimatlichen Provinz mit Sorge und Unruhe zu erfüllen, und die in Folge der letzten nationalen Bewegung eingetretene Spannung zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung der Provinz, zum größten Nachtheil der Landeswohlfaht, noch länger rege zu erhalten. Die unterzeichneten Abgeordneten der deutschen Landestheile der Provinz Posen fühlen sich in Folge dessen gedrungen, Einem hohen Staatsministerio die dringende Bitte vorzulegen, daß Hochdasselbe die definitive Feststellung der Demarkationslinie zwischen dem deutschen und polnischen Theile der Pro-

vinz nunmehr ohne allen ferneren Verzug in die Wege leiten, zugleich aber die, als eine nothwendige Folge der staatsrechtlichen Trennung des deutschen von dem polnischen Theil der Provinz zu erachtende, Auflösung des bisherigen Provinzial-Verbandes schleunigst aussprechen wolle, damit endlich die deutsche Bevölkerung in den ruhigen und unbestrittenen Genuß ihres mit schweren Opfern erkämpften nationalen Rechts eintreten könne.

Eines hohen Staatsministerii
gehorsamste

(gez.) v. Treskow, Abgeordneter für den Kreis Schubin.
Wiebig, Abg. für Kreis und Stadt Posen. Gr. Goltz, Abg. für Czarnikau—Grodziesen. Goeden, Abg. für Krotoschin.
Kerretter, Abg. für Fraustadt. Eckert Abg. für Bromberg.
Führ. v. Schlottheim, Abg. für Bomst—Meseritz.
(v. Sänger und Senff beurlaubt.)

Hohes Staats-Ministerium!

Nachdem durch Beschluß des Frankfurter Parlaments die mittelst der Bundes-Beschlüsse vom 22. April und 2. Mai, angeordnete Vereinigung mehrerer Theile des Großherzogthums Posen mit Deutschland bestätigt worden ist, hängt die ersehnte vollständige Erledigung dieser Abtrennung nur noch von der definitiven Bestimmung der künftigen deutschen Reichsgrenze ab. Zu demselben Zweck erwartet die deutsche Centralgewalt zuvörderst die abschließende Erklärung der preussischen Regierung. Es läßt sich kein Grund absehen, weshalb diese Erklärung noch einer ferneren Verzögerung unterliegen könnte. Rückfichtlich des Nehdistrikts steht die Grenzlinie vom Jahre 1772 bereits durch den genehmigten Bundes-Beschluß vom 22. April d. J. fest, in Betreff der übrigen Theile der Demarkationslinie giebt der Bundes-Beschluß vom 2. Mai auf der Grundlage der Vertheilung der Bevölkerung und der Verbindung der Festung Posen mit den angrenzenden deutschen Provinzen einen sicheren Anhalt.

Die dringenden Interessen der Bevölkerung der nunmehr deutschen Landestheile des Großherzogthums, nicht weniger wie die Besorgniß, daß bei längerem Aufschub fremde Einflüsse störend auf die endliche Erledigung in Frankfurt einwirken könnten, nöthigen daher die unterzeichneten Abgeordneten des Großherzogthums Posen zu der so dringenden als gehorsamen Bitte: binnen möglichst kurzer Frist die definitive Bestimmung Eines hohen Staats-Ministerii rückfichts der Demarkations-Linie an die provisorische Central-Gewalt zu Frankfurt gelangen zu lassen.

(Folgen die Unterschriften sämmtlicher deutschen Abgeordneten aus der Provinz Posen.)

Herr Brentano in der Paulskirche.

(Von einem Posener Deputirten in Frankfurt.)

Frankfurt den 9. August.

Die unwürdige Aeußerung, welche in der vorgestrigen Sitzung dem Abgeordneten Brentano einen motivirten Ordnungsruf des Präsidenten zuzog, ist Veranlassung geworden, daß zum ersten Male die Gallerie geräumt worden ist.

Man hat endlich gezeigt, daß man die Mainzer, Hanauer, Mannheimer und Offenbacher nicht für das deutsche Volk hält, wie die wenigen radikalen Demokraten in der Paulskirche immer behaupteten.

Es war schon längst bekannt, daß die bezeichneten Herrn Dörfer und Ortschaften förmlich bezeichnet, um der Reihe nach die Gallerieen zu füllen, das republikanische deutsche Volk vorzustellen und auf Kommando zu applaudiren oder zu zischen und zu brüllen.

Die guten Herren haben sich aber sehr getäuscht, wenn sie glaubten eine neue Revolution gegen den Willen einer überwiegenden Mehrzahl des Volks und deren Vertreter ins Werk setzen zu können.

Eine ernste Aufforderung war hinreichend, ihre Trabanten zu entfernen, ohne daß Gewalt nothwendig geworden wäre, ohne daß die Führer der anarchischen Partei Gelegenheit bekommen hätten, über blutige Tyrannei zu scheitern. Dafür stellen sie sich als Märtyrer hin, als Verfolgte, durch die rohe Gewalt einzelner Anhänger der konstitutionellen Monarchie.

Es klang wirklich kläglich, als der *ic. Brentano* nach Räumung aller Zuschauerplätze das Wort erhielt, um seine glorreiche Rede zu beenden, als er klagte, das Unerhörte sei geschehen, die Freiheit der Rede sei gewaltsam unterdrückt, er selbst sei thätlich angegriffen worden u. dergl. m.

Schnüchlich blickte er umher nach den geleerten Räumen, wo sonst die Leute gesessen, die seiner Parthei beliebte abgedroschene Schlagwörter zu würdigen und zu beklatschen vermocht hatten.

„Man habe ihn auf Kugeln gefordert, man habe Schimpfwörter gegen ihn ausgestoßen, statt ihn mit Gründen zu widerlegen, er wolle daher über die Frage, die verhandelt würde, nichts weiter sagen.“

Natürlich sein Publikum war fort, und trotz seiner dreisten Stirn fühlte er sich nicht im Stande, gebildeten Männern gegenüber seine tragikomische Rolle auszuspielen.

Was den thätlichen Angriff betrifft, so strafte ihn sofort der Präsident Lügen, indem er erklärte, daß er nichts der Art gesehen.

Dagegen ist es ganz richtig, daß er gefordert worden ist, und zwar auf die von ihm selbst ausgesprochene Provokation „daß er *Brentano* heiße“, womit er dem *Abg. Plathner* antwortete, als dieser ihn zur Rede stellte, nachdem die Sitzung durch den Präsidenten aufgehoben worden war.

Auch Beleidigungen sind ihm ins Gesicht geschleudert worden von allen Ehrenmännern, die bis zu ihm dringen konnten; aber das Vorurtheil, daß der Einzelne dem Einzelnen gegenüber seine Ehre selbst zu vertreten hat, ist von dem *ic. Brentano* und seinen Gesinnungsgenossen längst als abgeschafft erklärt.

Statt dessen klagt er höchst kläglich „man will mein theures Leben gefährden“, er appellirt an das deutsche Volk, dem dies edle Leben gewidmet ist.

Er verlangt Gründe, ohne zu bedenken, daß er einen ganzen deutschen Volksstamm ohne Gründe hat beschimpfen wollen.

Doch genug von diesem modernen Helden, wie von Seinesgleichen.

Das Resultat seines längst mit der ganzen Partei verabredeten Ausfalls ist ein ganz anderes geworden, als diese klugen Berechnen sich mögen haben träumen lassen.

Die Selbsterhaltungsbewegung in Preußen hatte die hiesige radikale Parthei von Anfang an mit Freude betrachtet, viele Gründe sogar lassen vermuten, daß sie der Entstehung dieser Bewegung selbst durchaus nicht fremd ist. Sie wollten jetzt durch neue schmähliche Angriffe einen Ausbruch herbeiführen, damit sich Preußen lossagen möchte von dem deutschen Einheitsstreben, damit in Folge der dann unausbleiblichen Verwirrung die geliebte Anarchie herbeigeführt werde.

Ihre weitem Pläne will ich nicht verfolgen; gewiß ist aber, daß sie nicht gerade gemeinnützig sind; „dem Volke die Idee, und uns den Vortheil“, das ist ihr Wahlspruch. Aber trotz ihrer Klugheit haben sie wiederum nur sich geschadet, ist der

Stein, den sie gegen das Gebäude der gesellschaftlichen Ordnung geschleudert, auf sie selbst zurückgefallen.

Gerade dieser plumpe Angriff hat alle Wohlgesinnten vereinigt, ist ein Haupthebel zur deutschen Einheit geworden. Die Angehörigen aller deutschen Staaten haben diesen Angriff für einen Schimpf gegen die deutsche Nation erklärt, haben sich vereinigt, Abndung dafür zu verlangen, ohne Rücksicht auf ihre politische Meinung.

Hr. Brentano verließ mit seinen Gesinnungsgenossen die Paulskirche, ihrer waren aber kaum 15.

Mögen sie gehen, mögen sie wiederkommen, mögen sie geifern und schimpfen, das preussische Volk weiß jetzt, von welchem Schlag diese seine Feinde sind, es weiß, daß gegen Männer von dieser Bildungsstufe seine Vertreter keine Waffen haben, aber es weiß auch, daß die Angehörigen aller anderen deutschen Staaten ihm zur Seite stehen und fortan jede Kränkung irgend eines deutschen Volksstammes eine gemeinsame deutsche Sache sein wird.

Darum möge es festhalten an der deutschen Einheit, in der es immer einen geachteten Platz einnehmen wird, seine Stellung wird stets eine solche sein, daß es die Angriffe einzelner gewöhnlicher Ruhesörer verachten kann.

Die Französische National-Versammlung und der Socialismus.

(Aus der Bremer Zeitung)

Paris, den 1. August. Unter den beiden letzten Briefen (lettres républicaines par Daniel Stern), welche die unter diesem Namen schreibende Gräfin d'Agoult so eben veröffentlicht hat, ist der sechste und letzte an die National-Versammlung gerichtete von besonderer Wichtigkeit, weil aus demselben hervorzugehen scheint, wie nahe die Vermuthung liegt, daß in Folge der „unglückseligen Junitage“ (les quatre fatales journées) die National-Versammlung nur zu geneigt sein möchte, in ihren Berathungen alle socialistischen Gedanken als unnützen und gefährlichen Ballast kurzweg über Bord zu werfen. Die blutigste aller Insurrektionen, welche die moderne Welt gesehen, ist besiegt, aber das Räthsel der Sphinx, die auf jenen Barrikaden ihr entsehrliches Haupt emporrichtete — es ist noch nicht gelöst. Die Sphinx der socialen Revolution hat sich noch nicht in den Abgrund gestürzt; sie lebt fort trotz Belagerungszustand und Gewalt der Bajonette. Die Herstellung der äußerlichen Ordnung beruhigt hier keinen Tieferschauenden über die fehlende sittliche und moralische Harmonie der Geister. Das alte Wort réprimer n'est pas gouverner bleibt auch hier in seiner Kraft, wie unter der Repressionsperiode von Ludwig Philipp's zu Staub verfliegenem Herrscherthum. Und doch denkt die Mehrzahl der Sieger anders. Sie sieht nur eine Möglichkeit, nur ein Mittel des Heils und der Herstellung, und dies Mittel heißt: völlige Vernichtung einer Thätigkeit, einer Partei, eines Gedankens in allen seinen Formen, der sich, seine den alten Zustand desorganisirende Macht, mit so furchtbarer Energie bewährt hat. Gegen diese Ansicht ist der Brief der Schriftstellerin — einer Freundin Lamartine's — gerichtet. Sie vergleicht nicht ohne Geschick den Zustand der gegenwärtigen herrschenden Gesellschaft mit dem Zustande, in welchem sich die alte römische Welt befand, als der Gedanke des Christenthums in den Kataomben und die wilde Urkraft der Barbaren vor den Thoren der ewigen Stadt jenen alten Weltzustand seinem Zusammensturze entgegendrängten. „Vergessen wir es nicht, daß es die Armen und Gedrückten, die Sklaven und Tröbner waren, unter denen auch in Rom der neue welterlösende Ge-

banke der Christusreligion seine ersten und meisten Anhänger fand. Die älteste Kirche der gesammten Christenheit, die Basilika des heil. Paulus zu Rom, erhob sich auf dem Boden, wo die ärmste Klasse der römischen Bevölkerung zusammengebrängt wohnte, der allein eine Religion willkommen sein konnte, die für alle Trübsal dieser Welt ewige Freude in einer jenseitigen versprach, und die Reichen nicht ins Himmelreich eingehen ließ.

„Das Volk“, sagt die d'Aloult, „will nicht mehr fortleben unter den bisherigen Bedingungen seiner Existenz.“ „Das ist ein Verbrechen“, sagen die Einen, „das ist ein Unglück“, sagen die Andern, „dieser Wille ist natürlich und berechtigt“, sagt eine dritte Partei. Ueber diesen drei Parteien steht eine vierte, mag man sie Praktiker oder Socialisten nennen, welche sagt: es ist eine Thatsache, über die man sich gegenseitig anklagen, die man aber nicht ändern, nicht hinwegleugnen kann. Und ein Wort ist es, auf das man alle Schuld und Anklage häuft, ein Begriff, der nach den letzten unglückseligen Ereignissen kaum noch ausgesprochen werden kann, ohne daß man ihn mit Anarchie und Bürgerkrieg gleichbedeutend aufnimmt, es ist das Wort, der Begriff des Socialismus.“
 Thue ich Euch Unrecht (fährt die Verfasserin fort), wenn ich annehme, daß eine überwiegende Anzahl von Mitgliedern der National-Versammlung mit diesem einen Worte die Ansichten und Doktrinen der verschiedensten Art in eine Kategorie der Verdammniß wirft? Ihr glaubt, daß der Socialismus einen Zustand der Dinge geschaffen hat, von dem er doch nur ein Symptom ist, — den er nur konstatiert und für den er selbst eifrig die Abhülfe gesucht hat.

„Es giebt drei Arten von Socialismus: den Socialismus der Utopisten; den Socialismus der Sektierer, den Socialismus der Staatsmänner. Alle drei haben eine Basis; es ist: das Recht Aller auf das materielle und sittlich-geistige (morale) Leben, anerkannt von der Gesellschaft, und geheiligt durch Geseze. Aber die Entwicklung von dieser gemeinsamen Basis aus ist eine unendlich verschiedene. Der utopistische Socialismus ist so alt wie die Civilisation. Er geht von Plato's Republik bis zu den Placiers Cabets. Er ist rein idealistischer Natur, abstrahirt von der wesentlichen Natur des Menschen und ihren Bedingungen. Er ist poetisch schwärmerisch — aber ungefährlich für die Gesellschaft und für den Staat, seine Anhänger haben weder vor noch hinter den Barrikaden je einen Platz eingenommen.“

„Der sektiererische Socialismus dagegen, der Socialismus der fanatischen Klubisten, der Formeln und Symbole einem mystischen Christenthum entlehnt, und das „Volk“ als den von den Pharisäern gezeifelten dornengekrönten Christus darstellt, ist der eigentlich gefährliche für jeden Staat. Seine Anhänger rufen Haß und Rache auf, verwandeln die Milch der frommen Denkart bei dem Armen in gährenden Draußenblut, schmeicheln den wilden Gelüsten und bösen Begierden, und schleudern auf das Eigenthum als auf die Quelle aller Uebel der Menschheit, ihr wahnsinniges Anathem. In ihnen lebt derselbe Geist des Fanatismus, der zu anderen Zeiten unter anderen Umständen eine St. Bartholomäusnacht bereitete und die Inquisition und ihre Gräueltathen erschuf.“

„Aber abgesehen von diesen beiden, von dem utopistischen wie von dem sektiererischen Socialismus, steht das Streben nach dem materiellen Wohlstand der Armen, das Streben nach dem materiellen Wohlstand der Armen, das Streben nach dem materiellen Wohlstand der Armen.“

ben einiger Einzelnen, welche die Lösung des Problems einer besseren Organisation der Gesellschaft in der Lösung staatswirtschaftlicher Probleme suchen.“ Zu diesen rechnet die d'Aloult: Louis Blanc und Proudhon. Sie charakterisirt mit kurzen und scharfen Zügen das System des ersteren und die Einseitigkeit seiner Doktrin, die ihm von Proudhon die Bezeichnung eines Doktrinaires à la Guizot zugezogen hat. Sie verlangt für den letzteren und sein System, „weil es auf wissenschaftlicher Basis ruhe“, wenigstens die Widerlegung durch die Wissenschaft, und weist entschieden die Manier derjenigen zurück, die sich an das berüchtigte Paradoxon: la propriété est le vol mit derselben blinden und höhnenenden Verachtung klammern, wie einst in Deutschland die Gegner Hegels auf dessen paradoxem Satz: „Alles was wirklich ist, das ist vernünftig“, herumgeritten.

„Der Socialismus der Staatsmänner endlich, ist weder eine Utopie, noch eine Secte, noch ein System. Er ist eine bewußte Ueberzeugung, erwachsen aus dem Studium, gestützt auf die Geschichte. Er ist eine politische Ansicht, welche in dem Fortschritte der Civilisation eine immer energischer und siegreicher hervortretende Protestation der Freiheit gegen die Nothwendigkeit erblickt, eine Protestation der „Affirmation“, welche die Menschen die „Vorsehung“ nennen, gegen die Negation, die sie den Zufall, das Fatum benennen.“

Dieser Gesichtspunkt ist eben so wichtig als fruchtbar. „Die Socialisten dieser Art hoffen nicht die absolute Verteilung des Uebels, aber sie denken, daß das Uebel Ausnahme und nicht Regel unserer socialen Zustände werden soll und muß.“ Was unter ungeheuren Anstrengungen in Frankreich (und sonst wo) einer ganzen Klasse, der Bourgeoisie, gelungen ist, das soll, so fordert es ihre Logik, auch der unter dem Namen „Volk“ begriffenen Klasse gelingen, nämlich die Befreiung von Bedingungen der Existenz, welche mit dem Genusse der Freiheit unvereinbar sind. Dazu sollen die „Erzürungenschaften“ der Februar-Revolution als Mittel dienen: als Mittel, jene Siege der republikanischen Freiheit über den „schrecklichsten aller Despoten“, über das Gend. Der politische Socialismus ist kein Feind des Eigenthums. Im Gegentheil: Geschichte, Philosophie und Wissenschaft beweisen ihm, „daß das Eigenthum eine wesentliche und notwendige Form und Forderung der Persönlichkeit (d. h. der Freiheit) ist.“ Er sieht das Eigenthum daher mit Schrecken gefährdet, durch die überstürzende Uegebild derer, die keinen Theil daran haben; und eben um es zu retten, strebt er darnach, es zugänglicher für Alle zu machen.“ Es ist wahrlich hoch nöthig, daß die französische National-Versammlung über die energische Bemühung, den fanatischen Socialismus der Sektierer niederzuhalten, die wesentlichen Wahrheiten nicht ganz aus den Augen verliert, welche selbst „in der Wahrheit geheimnißvollem, berauschemdem Launelch“, wie Shelley singt, enthalten sind.

Bemerkung.

Die Berichte der Volksversammlungen vom 16. und 17. d. Mts. sind der Redaction nicht zeitig genug zugegangen und können deshalb erst am Mittwoch folgen.

Paris, Druck und Verlag von W. Decker & Comp.